

Änderungsantrag:

Einbringer: **Fraktion DIE LINKE**

Beschlussvorlage 02337/2008 verwiesen in:

Jugendhilfeausschuss

Ausschuss für Soziales und Wohnen

Ausschuss für Kultur, Schule und Sport

Anlage der Beschlussvorlage

02337/2008

„Fortschreibung Strategiepapier zur Entwicklung von Trägerverbänden in der Kinder- und Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit 2009 - 2011“

1. Antrag: jeweils Satz 2 einfügen

Auf der Seite 11 des Strategiepapiers ist folgender Satz zu ergänzen:

„Die Schulsozialarbeit an den Grundschulen ist im Planungsbezirk I durch den Trägerbund abzusichern (Heineschule, Friedensschule, Reuterschule)

Im Rahmen der Arbeit im Trägerverbund im Planungsbezirk I ist in Kooperation mit den Grundschulen Heineschule, Friedensschule und Reuterschule ein Ausgleich für die fehlende Schulsozialarbeit zu sichern.

Auf der Seite 12 des Strategiepapiers ist folgender Satz zu ergänzen:

„Die Schulsozialarbeit an den Grundschulen ist im Planungsbezirk II durch den Trägerbund abzusichern (Grundschule Lankow, John-Brinckmann-Schule)

Im Rahmen der Arbeit im Trägerverbund im Planungsbezirk II ist in Kooperation mit den Grundschulen Lankow und John-Brinckmann-Schule ein Ausgleich für die fehlende Schulsozialarbeit zu sichern.

Auf der Seite 13 des Strategiepapiers ist folgender Satz zu ergänzen:

„AUe noch nicht durch Schulsozialarbeit abgedeckten Grundschulen werden im Planungsbezirk IM durch den Trägerverbund abgesichert.

Im Rahmen der Arbeit im Trägerverbund im Planungsbezirk III ist in Kooperation mit allen Grundschulen die keinen Schulsozialarbeiter haben, ein Ausgleich für die fehlende Schulsozialarbeit zu sichern.

Begründung:

Es wird die Notwendigkeit gesehen, auch Grundschulen mit Schulsozialarbeit zu versorgen.

Hier obliegt es dem jeweiligen Trägerverbund in Kooperation mit den Schulen, wie diese umzusetzen ist. **Dabei ist jedoch wichtig festzustellen, dass es sich nicht um eine Stelle für Schulsozialarbeit, sondern eben nur um einen Ausgleich im Rahmen der Zusammenarbeit in den Trägerverbänden sowie zwischen Trägerverbund und Grundschulen handeln kann.**

2. Antrag

Dieser Antrag wird durch die Fraktion DIE LINKE, nicht mitgetragen! Die Gymnasien haben keinen Antrag an das Jugendamt gestellt. Im Gegensatz zu den beruflichen Schulen, die sich seit Jahren um eine entsprechende Schulsozialarbeiterstelle bemühen. An den beruflichen Schulen werden auch bildungsferne Jugendliche, die in einem sozial problematischen Umfeld leben, unterrichtet.

Im Strategiepapier ist die Schulsozialarbeit an der Beruflichen Schule Verwaltung durch das Fridericianum-Gymnasium im Trägerverbund I zu ersetzen.

Im Strategiepapier ist die Schulsozialarbeit an der Beruflichen Schule Technik durch das Goethegymnasium im Trägerverbund II zu ersetzen.

Begründung:

Es wird die dringende Notwendigkeit gesehen, insbesondere die Gymnasien der Landeshauptstadt mit Schulsozialarbeit abzusichern. Mittelfristig sind Vorschläge zu erarbeiten, inwieweit auch die Beruflichen Schulen mit Schulsozialarbeit versorgt werden können.

3. Antrag

Im Trägerverbund II werden für die offene Kinder- und Jugendarbeit im Jugendhaus Lankow 2 Stellen eingerichtet. Eine dritte Stelle ist für mobile aufsuchende Arbeit im Trägerverbund verantwortlich.

Begründung:

Es wird die Gleichbehandlung Häuser gleicher Größe/Aufgabenspektrum/Einwohner umgesetzt. Dabei ist die mobile aufsuchende Arbeit zukünftig von hoher Bedeutung.

4. Antrag

Im Trägerverbund III werden für die offene Kinder- und Jugendarbeit im Jugendhaus Deja vu 2 Stellen eingerichtet.

Begründung:

Es wird die Gleichbehandlung Häuser gleicher Größe/Aufgabenspektrum/Einwohner umgesetzt.

5. Antrag

Im Trägerverbund III wird für die mobile Arbeit beim Bauspielplatz eine Stelle eingerichtet.

Begründung:

Insbesondere in diesem Stadtteil wird die mobile aufsuchende Arbeit als wichtig eingeschätzt. Um diesem Stellenwert gerecht zu werden, wird diese beim Bauspielplatz installiert.

6. Antrag

Von der Verwaltung ist bis März 2009 zu berichten, wie die Migrationsarbeit insbesondere im Planungsbezirk IM mit dem Trägerverbund den Bedarfen angepasst werden soll. Hier sind insbesondere Bundes- und Landesprojekte in die Planung einzubeziehen.

Begründung:

Die „Brücke“ hat in den vergangenen Jahren Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund in ihrer Einrichtung betreut. Da dieses Angebot nicht weiter vorgehalten werden kann, müssen Alternativen im mittelbaren Umfeld genutzt werden. Hierbei sind insbesondere die Erfahrungen dieser Einrichtung für bedarfsgerechte Angebote zu nutzen.